

Dresdner Volkszeitung

465

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 188.

Dresden, Sonnabend den 15. August 1908.

19. Jahrg.

Die Lösung der „orientalischen Frage“.

II.

Das Osmanische Reich umfaßt in Europa die jüdische Hälfte der Balkanhalbinsel nebst Teilen von Syrien und Thessalien, ferner die Inseln Kreta, Rhodos, Samothrak, Imbros und Limnos, in Asien die Halbinsel Kleinasien, das südwestliche Armenien, den größten Teil von Arabien, Mesopotamien, den arabischen Küstenstrich Pala an der Westküste des Persischen Golfes, ferner die arabischen Küstenländer des Roten Meeres, Palästina, Syrien und die Inselgruppe der Sporaden vor der Westküste Kleasiens; in Afrika die Gebiete von Barka und Tripoli an der großen Syrte und jüdisch davon Fezzan. Außer diesen unmittelbaren Besitzungen stehen der Türkei noch gewisse Hoheitsrechte zu über Bulgarien, Ost-Rumelien, Bosnien und die Herzegowina, ferner über die unter einem Tributfürsten stehende Sporadeninsel Samos, die Insel Cypern und Aegypten. Man schätzt den Umfang der unmittelbar türkischen Länder auf 2745 200 Quadratkilometer, wovon 168 500 auf Europa kommen. Es ist also ein gewaltiges Reich, die Türkei, mit einer sehr gemischten Bevölkerung. Der herrschende Volksstamm sind die Türken. Die Produktions- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung weichen die denkbar größten Verschiedenheiten auf. Während große Gebiete noch von Nomaden bewohnt werden, ist in den europäischen Provinzen die moderne Industrie verbreitet. Aber die Grundlage des ganzen Staatswesens war bisher noch die alte feudalistische, wie sie zur Zeit der Naturalwirtschaft bestand. Der Sultan war der nominelle Besitzer des gesamten Grund und Bodens, seine Güntlinge und Beamten erhielten große Gebiete als Lehen zugewiesen, wie das in Mittelalter auch in Deutschland der Fall war. Der jeweilige Inhaber eines Gutes war nur Kupaiher, der von den „Behörden“ und den Beamten auf das Streichliche ausgebeutet wurde. Als Steuer wurde noch der Zehnten erhoben, eine Naturalabgabe, neben dieser aber bestanden noch zahlreiche andere Steuern, Kopfsteuer, Viehsteuer, Gewerbesteuer usw. Die Steuern wurden vielfach an gewissenlose Unternehmer gegen feste Summen verpachtet, die mit grenzenloser Mordlustigkeit und Grausamkeit die Bauern bewachten. Denn die Regierung brauchte bares Geld, die Bauern haben nur Naturalien, die der Steuerpächter zu Geld macht. Der Steuerpächter schließt mit den Bauern selbst ab und die Bauern werden dann oft durch allerlei Schikanen von den größten Teil der Ernte gebrückt. Ungezählte Länderstrecken fruchtbarer Bodens liegen zwar noch ungebaut da, aber kein Bauer ist sicher auf seinem Gute, weil der Grund und Boden ja dem Sultan gehört und dieser bald den einen, bald den anderen Güntling oder Beamten mit dem Boden belehnt und plötzlich ein neuer Beherrscher auftritt, der sein Besitzum veräußert und die Bauern vertriebt. So wenigstens wird aus Mazedonien berichtet. Das ganze Reich ist in Staatskassen, Billets, eingeteilt, an deren Spitze der Wali (etwa Generalgouverneur) steht, ein Waliat zerfällt wieder in Bezirke, die wieder in Kreise eingeteilt werden. Die diesen Bezirken vorstehenden Beamten wahlen und wählen nun nach Willkür, die Verrechnung ist an der Tagesordnung, für die Entwicklung des Verkehrs, des Handels und Gewerbes wurde aber bisher wenig getan.

Das ist dasjenige Bild, wie wir es kurz vor der französischen Revolution in Frankreich fanden und das den Ausgang einer jeden Revolution kennzeichnet. Keineswegs sind es Klassen- oder Religionsgegensätze gewesen, welche die inneren Kämpfe erzeugten. Der Türke wird sogar als gewissenhaft und loyal geschildert, während gerade in der Türkei oftmals die Christen das ausbeutende, mit Wucher arbeitende Element darstellen. Der Universalhistoriker Dr. Ritter, der jahrelang in Anatolien gelebt hat, schreibt in seinen Anatolischen Skizzen: „Es ist ja eine längst bekannte Tatsache, daß das Christentum seine ergiebige Kraft im Orient aufhaltend wenig bewährt hat; der Durchschritt der christlichen Bevölkerung steht ohne Zweifel in materialistischer Hinsicht unter den Mohammedanern. Fast jeder, der mit dem Volke in Berührung kommt, lernt den Türken achten und lieben, den Griechen geringschätzen, den Armenier hassen und verachten.“ Die Steuerpächter, die Kapitalisten und Großhändler, welche die Bauern ausbeuteten, waren auch in der Regel Armenier.

Die Konflikte im Innern des türkischen Gebietes entstanden also nicht aus nationalen oder religiösen Gegensätzen, sondern aus den Mißständen der staatlichen Verwaltung, die Entwicklung war gehindert, weil das Staatswesen nicht den neuen Produktionsformen angepaßt war. Das machte sich besonders in den europäischen Provinzen bemerkbar. Man vergleiche nur einmal die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens, das 1879 von der türkischen Herrschaft befreit wurde, mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei. Im Jahre 1879 betrug der Außenhandel Bulgariens 52 Millionen Mark, 25 Jahre später war er auf 287 Millionen gestiegen. Das große türkische Reich exportierte aber kaum 21/2 mal so viel wie das kleine Bulgarien! Die Folgen der Mißstände in der türkischen Verwaltung waren: Verarmung der Bauern, Verdrängung des Landes, das Auskommen von Räuberbanden und schließlich eine allgemeine Anarchie.

Diese Zustände haben sich von jeder die europäischen Mächte zuzugehen gemacht, zweifellos wurden mit englischen, russischen oder österreichischem Gelde manche Kustände hervorgerufen, um einen Anlaß zum Einschreiten zu haben. Aber keiner dieser Staaten konnte zugeben, daß ein anderer sich auf der Balkanhalbinsel festsetze oder sonst türkisches Gebiet erobere. Und so war die Existenz der Türkei durch die europäischen Staaten nie gefährdet. Die

Interventionen der Mächte und deren Reform-Aktionen haben aber auch den Mazedoniern und Armeniern nie etwas genutzt. Die letzte Aktion war das sogenannte Mazedonier Programm vom Jahre 1903. Diese Reformnote, die bei einer Monarchen-zusammenkunft in Würzburg beschlossen wurde, forderte für Mazedonien eine direkte Kontrolle durch besondere Zivilagenten und die Einsetzung von Generalgouverneuren über Mazedonien war geplant. Genutzt hat diese Aktion, wie die Erfahrung lehrte, nichts. Die jüngste Reform sollte nun „fliegende“ Polizeitruppen schaffen und ein europäischer Generalgouverneur über Mazedonien war geplant. Noch ehe diese Vereinbarung der Mächte zustande kam, mußte der Sultan sich den Jungtürken ergeben.

Die Tatsache, daß die Veränderung des Regierungssystems, die geschaffenen Freiheiten und Rechte des Volkes, die ein „modernes“ Staatswesen erwarten lassen, die inneren Kämpfe mit einem Schlage aufhören ließen, zeigt, daß die scheinbar „nationalen“ Kämpfe nur die Befestigung dieses Regierungssystems zur Aufgabe hatten. Die Einwirkungen der fremden Mächte, die natürlich aus eigensichtigen Motiven erfolgten, haben die politische Entwicklung der Türkei gefördert, aber nun ist auch die Mission dieser Mächte erfüllt und die Völker der Türkei werden ihre Geschicke selbst bestimmen. England wird froh sein, wenn die Freiheitsbewegung in der Türkei nicht eine Unabhängigkeitsbewegung in Aegypten erzeugt. Und die andern Staaten können erst recht nicht wagen, sich in die türkischen Angelegenheiten einzumischen. Die „Reformation“ soll auch einwirkend vertragen werden, wie berichtet wird, und wenn sich alle Hoffnungen in der Türkei erfüllen, wenn das Verfassungsleben sich befestigt, wird diese Vertragung das Ende aller Reformationen der fremden Mächte bedeuten. Zu wünschen wäre dies, nicht nur im Interesse der türkischen Völker, sondern der friedlichen Entwicklung überhaupt.

Steuerdilettantismus.

Steuernoten ist das politische Gesellschaftsziel der Saison. Jeder Tag bringt neue Pläne, deren Durchführung, so verheißend wenigstens ihre Erfinder, die Steuerzahler so gut wie nichts kosten, aber dem Reich eine ganze Menge Geld eintragen soll. Bei den Lieberberger sozialistischen Seancan hat man aus der Luft Kristalle gefangen und mit dem Hintertopf Wäcker geleitet. Jetzt werden im Reich, wenigstens auf dem Papier, Millionen und Abermillionen aus der leeren Luft gefangen von Leuten, die offenbar auch nur mit dem Hintertopf Finanzwissenschaft studiert haben.

Ein Musterbeispiel solcher Steuererfindungen bildet die sogenannte Bankumsatzsteuer, mit der sich jetzt das Reichschatzamt angeblich sehr ernstlich beschäftigen soll. Man hat berechnet, daß im deutschen Bankverkehr jährlich nicht weniger als vierhundert Milliarden umgelegt werden und hat daraus geschlossen, daß die Erhebung von zwei pro Mille als Steuer 800 Millionen Mark Jahresertrag ergeben würde. Der Banktempel würde „die Löhne auf die Schultern des gesamten Erwerbslebens verteilen, während man bei all den anderen Steuerordnungen das Opfer einzelnen Zweigen aufbürden wolle, die zum Teil schon sehr stark mit Abgaben bedrückt sind“.

Der Gedanke, der hier propagiert wird, hat eigentlich schon viel von seiner ursprünglichen Genialität verloren. In seiner vollkommensten Gestalt ist er lehrerhaft vom Gymnasialr. v. Bodbielki in der Zeitschrift Morgen vertreten worden. Herr v. Bodbielki istung damals ein allgem. eine Umsatzsteuer vor, die, wenn wir nicht irren, von fünf Mark an beginnen sollte, so also, daß von jedem Kauf, jeder Lohnzahlung, jeder Verleihung von 5 Mark und mehr ein bestimmter Steuerlag entrichtet werden sollte. Abgesehen von der lächerlich umständlichen Behinderung jedes Verkehrs, der Möglichkeit unzahliger Steuerbefreiungen würde eine solche Umsatzsteuer auch alle Steuererträge auf den Kopf stellen, da die Zahl der Umsätze keineswegs in geradem Verhältnis steht zur Höhe des Gewinns und des Einkommens. Nicht anders stellt sich die Sache bei einer Bankumsatzsteuer, die z. B. das ruhende Guthaben eines Millionenbesitzers nicht bezieht, dafür aber regelmäßig die Beträge trifft, die ein kleiner Geschäftsmann aus der Bank erhält oder an sie übermittelt. Sicher bleibt dabei doch, daß die Hunderte von Millionen, die man aus einer Bankumsatzsteuer herausziehen zu können glaubt, von irgendwo hergeholt werden müßten und es ist nicht weniger als gewis, daß sie von den reichen Leuten getragen werden, sondern viel eher ist es richtig, daß sie, als Geschäftsumsätze verrechnet, schließlich auf das breite Publikum überwälzt würden.

Der Gedanke einer Bankumsatzsteuer ist offenbar aus der recht vollständig anmutenden Vorstellung entstanden, daß, wer Geld auf der Bank hat, gewöhnlich auch Steuern bezahlen kann. Ist dieser Grundlag auch im allgemeinen richtig, so ist ein Bankumsatz noch nicht immer wirkliches Vermögen, und noch weniger ist ein lebhafter Umsatz das sichere Anzeichen eines glänzenden Geschäftsganges, eines bedeutenden Einkommens. Warum will man also durchaus trummere Wege gehen und rächt nicht den einfachen und geraden Weg der Reichskontrollen und Reichsvermögenssteuer? Es ist doch zweifellos richtig, die Summe von Millionen, die man aus einer Bankumsatzsteuer holen zu können glaubt, direkt von den Leuten zahlen zu lassen, die sie tragen können, als den wirtschaftlichen Verkehr durch Steuerbeamten zu unterbinden und blinde Willkür entscheiden zu lassen, welche Schultern die Last zuguterletzt treffen soll?

Daß es zur Durchführung einer solchen Bankumsatzsteuer kommt, ist wohl kaum zu erwarten, denn sollte es mit ihr ernst werden, würden die Blockfreimüßigen und die hinter ihnen stehenden Elemente ganz anders aufzutreten wissen, als dort, wo es sich um sogenannte „ideale Freiheitsgüter“ handelt.

Die Budgetbewilligung in Baden.

Neuerungen der Parteipresse.

Die Rannheimer Volksstimme äußert sich wie folgt: „Der Beschluß der Fraktion, für das Budget zu stimmen, ist nach zeitlicher Beratung mit Zweidrittelmehrheit gefaßt worden, wobei zu bemerken ist, daß auch Mitglieder, die sonst entschiedene Gegner der Budgetbewilligung waren, sich diesmal für die Bewilligung erklärten. Sie konnten dies um so eher tun, als gleichzeitig beschlossen wurde, in einer Erklärung den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung darzulegen und ausdrücklich zu betonen, daß die Zustimmung zum Budget eine ausnahmsweise sei und keinerlei Vertrauensfundament für die Regierung bedeuten solle. Mit dieser Erklärung hat die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages anerkannt, daß auch für sie der Beschluß des badischen Parteitages zu Recht besteht und daß die Fraktion nicht gewillt ist, sich im Widerspruch mit dem Willen und den Beschlüssen der Gesamtpartei zu setzen. Die Fraktion macht, indem sie in einer außergewöhnlichen Situation, die in Baden gütlich vorliegt, für das Budget stimmt, nur Gebrauch von einem Rechte, das auch der badische Parteitag den Parteigenossen in den einzelstaatlichen Parlamenten eingeräumt hat. Damit stellt der in einem scharfen Widerspruch des geistigen Vorwärts gegen die badische Landtagsfraktion erhobene Vorwurf einer „Auflehnung gegen die Parteidisziplin“ dahin, und wir denken, auch das Zentralorgan unserer Partei werde angesichts der Erklärung, mit welcher die badische Landtagsfraktion ihre Zustimmung zum Budget motiviert, zu der Überzeugung kommen, daß kein Anlaß vorliegt, von einer „Auflehnung gegen die Parteidisziplin“ zu reden und eine Debatte heraufzubeschwören, die uns bei verschiedenen wichtigen Aktionen der nächsten Zeit — wir erinnern nur an die Reichstagsparlamentwahl in Speyer-Rudwigsheimen — gewiß wenig förderlich sein würde. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Eifer des Vorwärts in der Frage der Budgetbewilligung in Baden in keinem Kontrast steht zu der „Diskretion“, mit der man die Budgetbewilligung seitens der miltelbergischen Parteigenossen, die kurz vor dem Zentral-nationales Kongreß in Stuttgart und dem Offener Parteitag statt-fand, zu behandeln suchte. Warum wurde damals nicht wegen der „Auflehnung gegen die Parteidisziplin“ Alarm geblasen? Was die weiteren Angriffe des Vorwärts auf die badische Landtagsfraktion und den Landesvorstand der badischen sozialdemokratischen Partei betrifft, so sind auch diese vollständig ungerechtfertigt. Wenn der Vorwärts von einer unzulässigen „Gegensatz-främerei“ spricht, so ist darauf zu erwidern, daß Fraktionsüberhand-lungen, namentlich wenn dieselben tatsächliche Fragen betreffen, überall geheim gehalten werden, auch im Reichstag. Es liegt dies durchaus in der Natur der Sache. Die Fraktion hat also, indem sie für ihre Mitglieder ein Schweigegebot erteilt, nichts getan, was nicht auch anderswärts geschieht und was sicherlich auch von der neuen sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages getan werden muß. Wenn der Landesvorstand glaubte, sich auch dem Partei-stand gegenüber auf dieses Schweigegebot berufen zu müssen, so geschah dies keineswegs in der Absicht, sich gegen die Parteidisziplin „aufzulehnen“. Für ihre Handlungen im Landtag ist die Fraktion selbst verantwortlich; ihre Kritik hat sie selbst — natürlich in Über-einstimmung mit dem Programm und den Beschlüssen der Gesamt-partei — zu bestimmen. Und wenn es die Fraktion für nötig hielt, ihren Mitgliedern und den bei der Beratung anwesenden Mit-gliedern des Landesvorstandes und der Parteipresse die Pflicht des Schweigens aufzuerlegen, so konnte der Landesvorstand sich in guten Tönen auf diesen Beschluß der Fraktion berufen. Daß der Partei-vorstand auf das Schreiben des Landesvorstandes gleich glaubte, mit dem schärfsten Gehäss aufzufahren und in dem von ihm abgeschickten Telegramm von „Widerreien“ reden zu sollen, ist bedauerlich und die Enttäuschung des Vorwärts darüber, daß auf dieses ungebührliche Telegramm nicht schleunigst eine de- und wesentliche Erklärung des Landesvorstandes eintraf, ist zum mindesten deplaziert.“

Die Bemerkungen der Münchener Post, die wir schon inhaltlich mitgeteilt haben, lauten: „Wir finden, daß der Vorwärts viel Pathos ganz unnötig ver-schwendet. Die süddeutschen Landtagsfraktionen haben auf ihrer Stuttgarter Konferenz keine Beschlüsse gefaßt. Sie wären dazu auch gar nicht in der Lage gewesen, denn diese Zusammenkünfte, denen sich, wie wir hoffen, später auch die preussische Landtagsfraktion anschließen wird, haben einen rein informativen Charakter und be-zwecken nicht als einen gegenseitigen Austausch der parlamentarischen Erfahrungen. Daß in diesen unserer Ansicht nach sehr er-sprechlichen Zusammenkünften eine „Gegensatzfrämerei“ liegt, wird auch der Vorwärts nicht im Ernst behaupten können.“

Ob die badische Landtagsfraktion verpflichtet war, auf einen Brief und ein Telegramm des Parteivorstandes hin das Fraktions-gesamtheit zu brechen, das möchten wir auch bezweifeln. Nach dem Organisationsstatut (§ 23) „befolgt der Parteivorstand die Parteige-samtheit und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteio rgane“. Ein Aufsichtswort über die Landtagsfraktionen steht ihm so wenig zu wie ein Aufsichtswort über die Reichstagsfraktionen. Er wäre auch praktisch gar nicht in der Lage, eine solche Aufsicht auszuüben. Deswegen ist es richtig, etwaige Beschlüsse der süddeutschen Fraktionen abzuwarten und sie, sofern überhaupt ein Anlaß dazu vorliegt, auf dem allein zuständigen Parteitage festlich zu bezeichnen.“

In der Schwäbischen Tagwacht meint M. A.: „Man kann im Zweifel sein, ob es richtig war, die Sache gleich mit solcher Vehemenz an der Spitze des Vorwärts zu behandeln. Wenn der Parteivorstand oder der Vorwärts über die Konferenz Aufschluß haben wollte, so hätte er sie auf eine Anfrage in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt berechtigt bekommen. Der Landesvorstand der badischen Partei konnte diese Auskunft nicht geben, denn der hat an der Konferenz nicht teilgenommen. Diese Konferenz, die nicht an Fraktionen, sondern an einem vorausge-gangenen Sonntag in Stuttgart stattgefunden hat, betraute sich

kauf!
nders:
Posten
hürzen
Preis.
n
ntift als
b billig.
enden
und reich
den, Wä
r. Esdm
Dandbier
überkauft
Waren zu
leicht. Preis.
aar
Josephine
Lage.
TOT
KARTEN
DRES
berlein
tes
BER
ulver
ur N
Läden.
Schwe
auf die
hendig!
1. 150 Pf.
5
bein
rahe 9.
m
nicht, w
me, kon
dner Zeit
lein er
h. Erle
dial
Johann-
5.
in Nr. 5
als. 20
26.
13.
E. Dresd
W. Nees
ebot!
e Tage
er Preis
würde
sen
erröde
enden
hürzen
ber.
rstoffen
hloffen
ester
-6 Post-
vertes.
r Mail
10 10 1
10. 30
10. 00 Pf.
10. 10
empfehl
ser
10. 20